

Einkommensungleichheit und Beschäftigungswachstum

Thomas Hegedüs und Marcel Thum*

Die Globalisierung übt Druck auf die Löhne der Geringqualifizierten aus und lässt gleichzeitig die Gehälter der Manager in ungeahnte Höhen steigen. Dies befürchten zumindest die Sozialpolitiker aller Parteien und mahnen eine ausgleichende Umverteilungspolitik an. Auf der anderen Seite fordern die Wirtschaftspolitiker, dem Druck der Marktkräfte nachzugeben und die Löhne der Preisbildung im Markt zu überlassen, da anderenfalls Arbeitsplatzverluste und Standortnachteile drohen.

Für den außen stehenden Beobachter ist es äußerst schwierig, ein kompetentes Urteil zu fällen. Wie gefährlich sind Eingriffe in die marktliche Lohnfindung wirklich? Kann man nicht doch über Regulierungen des Arbeitsmarktes auch ein wenig Sozialpolitik betreiben? Selbst in der ökonomischen Fachwelt entzünden sich an diesen Fragen heftige Kontroversen, da sich die Wirkungen einzelner Maßnahmen empirisch nur sehr schwer ermitteln lassen. Ob die Anhebung eines Mindestlohnes tatsächlich Jobs vernichtet oder ob umgekehrt die Deregulierung des Arbeitsmarktes neue Arbeitsplätze hervorgebracht hat, führt auch in den sorgfältigsten Studien oft zu widersprüchlichen Ergebnissen.¹ Zu viele Einflüsse überlagern die unmittelbare Wirkung der Maßnahmen, als dass sich eine eindeutige Kausalität nachweisen ließe.

Auch dieser Beitrag wird die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Politikmaßnahme und Arbeitsplätzen nicht abschließend beurteilen können. Wir werden aber versuchen, auf eine einfache makroökonomische Frage eine klare Antwort zu geben: Haben Länder, die mehr Ungleichheit in den Arbeitseinkommen zugelassen haben, auch ein höheres Beschäftigungswachstum erlebt? Die Antwort lautet: Ja. Über längere Zeiträume betrachtet, hatten diejenigen Länder, die die Einkommensverteilung gleicher gemacht haben, weniger Beschäftigungswachstum als die Länder, die mehr Ungleichheit zugelassen haben.

Daten und Maße

Um den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Beschäftigungswachstum zu ermitteln, greifen wir auf die Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD Labor Market Statistics [OECD (2004)], zurück. Die Grundlage für das Maß der Einkommensungleichheit bilden die Daten der *Percentile Distribution of Gross Earnings*.

Die OECD veröffentlicht für einzelne Länder jährlich die Einkommensverteilung in Intervallen von jeweils 10 Prozent. Um ein Maß der relativen Ungleichheit zu erhalten, wird das Einkommen der „ärmsten“ 10 Prozent zum Medianeinkommensempfänger in Relation gesetzt. Genauer: Wir errechnen den Quotienten aus dem 1. und 5. Dezil der Einkommensverteilung. Je größer dieser Quotient, desto näher ist der Haushalt mit dem niedrigen Einkommen am Median, d. h. desto gleicher ist die Einkommensverteilung. Um temporäre Einflüsse wie z. B. Konjunkturschwankungen auszuschließen, bilden wir bei diesem Maß für die Einkommensungleichheit einen Durchschnitt über fünf aufeinander folgende Jahre. Bei Untersuchungen zur Einkommensungleichheit wird häufig auch der Gini-Koeffizient als Indikator verwendet. Dieses Maß ist für unsere Zwecke allerdings weniger geeignet, da wir speziell die Einkommenskompression am unteren Ende der Einkommensskala untersuchen wollen und nicht die generelle Streuung der Einkommen.

Die Basis für die Beschäftigungsentwicklung bilden die *Labor Force Statistics by Sex and Age* der OECD *Labor Market Statistics*. Da Daten zur Arbeitslosigkeit aufgrund unterschiedlicher Arbeitsmarktinstitutionen international nur schwer zu vergleichen sind, stellen wir auf die Erwerbstätigen und nicht auf die Arbeitslosen ab. Dazu setzen wir die Zahl der Beschäftigten in Relation zur Grundgesamtheit der relevanten Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen. Auch hier werden 5-Jahres-Durchschnitte gebildet, um Konjunkturflektuelle Einflüsse zu eliminieren.

Nun interessieren uns nicht die absoluten Niveaus der Einkommensungleichheit und der Beschäftigung, sondern die Entwicklung dieser Größen über längere Zeiträume. Daher stellen wir auf die Veränderungen der Größen ab. Für das Ungleichheitsmaß wie auch für das Beschäftigungsmaß ermitteln wir die Differenzen zwischen dem Wert am Anfang und am Ende des Beobachtungszeitraumes. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endwert gibt beim Ungleichheitsmaß an, um wie viele Prozentpunkte sich die untersten 10 Prozent der Einkommensempfänger vom Median entfernt haben. Die Differenz beim Beschäftigungsmaß besagt, um wie viele

* Prof. Dr. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts und Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Dresden, Thomas Hegedüs ist studentische Hilfskraft an diesem Lehrstuhl.

Prozentpunkte die Beschäftigung (als Anteil der 15- bis 64-Jährigen) gestiegen ist.

Leider lässt sich für die Untersuchung kein einheitlicher Zeitraum für alle Länder verwenden, da insbesondere die Daten zur Einkommensverteilung in der OECD Datenbasis nur für unterschiedliche Zeiträume bei den einzelnen Ländern vorliegen. Um langfristige Trends zu ermitteln und um die 5-Jahres-Durchschnitte bilden zu können, müssen wir uns auf Länder beschränken, für die sowohl die Beschäftigungsdaten als auch die Einkommensverteilungen für mindestens 10 Jahre vorliegen. Damit schränkt sich das Sample auf 13 Länder ein (zu den Ländern und Zeiträumen siehe die Anmerkungen in Abb. 1). Für Deutschland liegen zwar hinreichend lange Zeitreihen vor, allerdings nicht in einer konsistenten Gebietsabgrenzung. Durch die deutsche Einheit ergibt sich ein Bruch in den Zeitreihen, der eine verlässliche Auswertung verhindert.

Ergebnisse

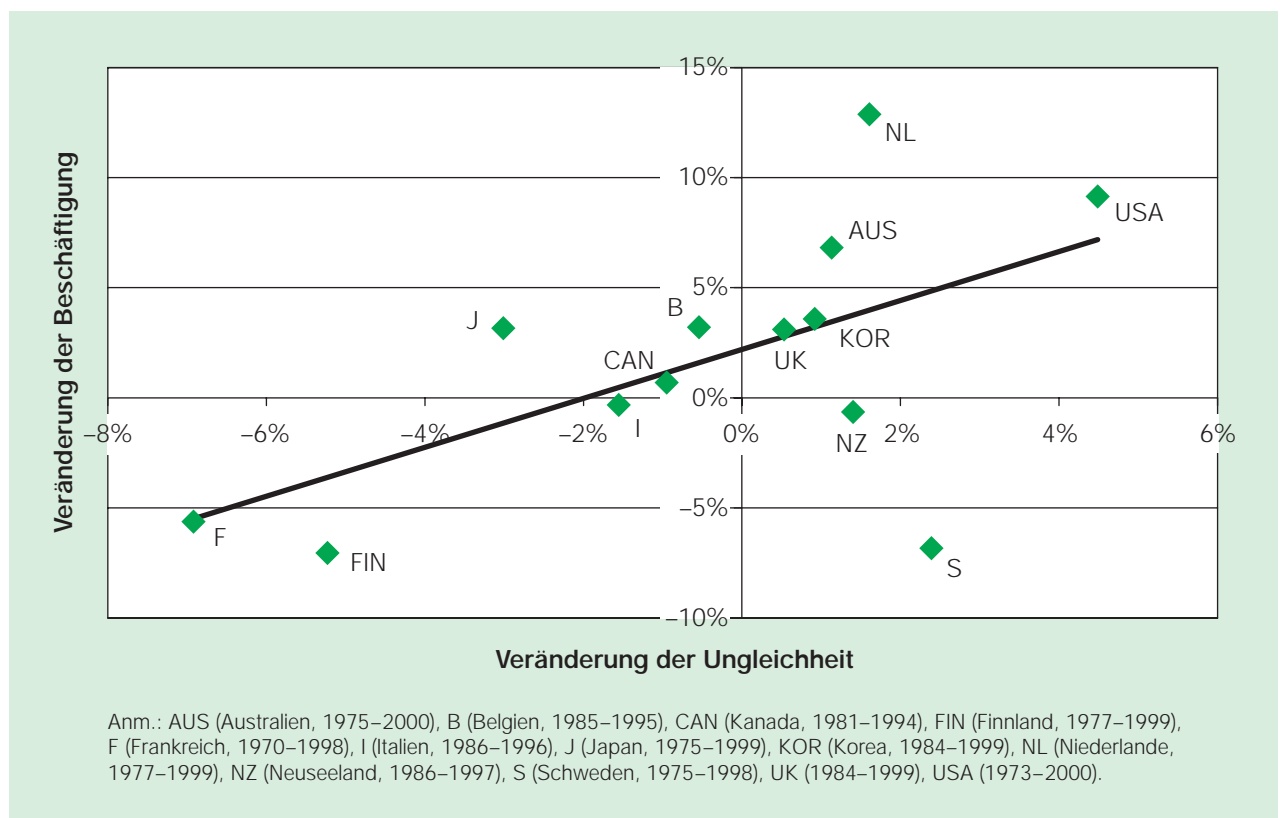
Abbildung 1 fasst die Ergebnisse zu den 13 Ländern zusammen. Auf der Abszisse ist die Veränderung der

Ungleichheit abgetragen. Ein positiver Wert besagt, dass die Ungleichheit in einem Land im Laufe des Beobachtungszeitraumes zugenommen hat; bei einem negativen Wert hat die Ungleichheit abgenommen. An der Ordinate wird die Veränderung der Beschäftigung gemessen. Bei einem positiven Wert ist die Beschäftigungsrate der 15- bis 65-Jährigen im Beobachtungszeitraum angestiegen; bei einem negativen Wert gesunken.

Wie die positiv geneigte Regressionsgerade zeigt, geht eine Zunahme der Einkommensungleichheit mit höherem Beschäftigungswachstum einher. Besonders ausgeprägt sind die Änderungen in den USA und in Frankreich. Dies sind im Übrigen auch die Länder, für die die längsten Beobachtungszeiträume verfügbar sind. In den USA nahmen sowohl die Einkommensungleichheit wie auch die Beschäftigungsrate zwischen 1973 und 2000 zu. In Frankreich rückten die unteren Einkommen näher an den Median heran, d. h. die Ungleichheit nahm ab; zugleich reduzierte sich aber die Beschäftigungsrate um 7 Prozentpunkte.

Dass die Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren sind, zeigt das Beispiel der Niederlande. Das hohe Beschäftigungswachstum ist partiell ein statistisches Artefakt, da viele Teilzeitjobs entstanden, die die Zahl der Arbeitskräfte

Abbildung 1: Veränderung der Einkommensungleichheit und der Beschäftigung



Quelle: OECD (2004); Berechnungen des ifo Instituts.

erhöhten, ohne notwendigerweise das Arbeitsvolumen zu steigern. Ein besseres Maß für die effektive Beschäftigung wären daher die geleisteten Arbeitsstunden pro Person im Alter zwischen 15 und 65. Diese Daten standen aber für den relevanten Zeitraum nicht zur Verfügung.

Wie ist dieser Befund zu interpretieren? Auch wenn im Rahmen dieser Untersuchung keine kausalen Zusammenhänge ermittelt werden, so ist das Ergebnis doch zumindest konsistent mit den Vorhersagen der ökonomischen Theorie. Versuche des Staates, durch regulierende Maßnahmen wie z. B. Mindestlöhne oder Lohnersatzleistungen eine Einkommensangleichung herbeizuführen, bewirken letztendlich, dass Tätigkeiten unterhalb des (expliziten oder impliziten) Mindestlohnes aus dem Markt gedrängt werden. Da die marktliche Entlohnung selbst durch den Staat nicht verändert werden kann, geschieht die statistisch gemessene Angleichung der Einkommen im Wesentlichen durch den Wegfall gering entlohnter Tätigkeiten. Die Beschäftigung insgesamt wird reduziert.

Damit haben Nationen, die eine weitere Einkommensungleichheit zugelassen haben, eine Ausweitung von

Beschäftigungsmöglichkeiten generiert, während sich in Ländern, die – bewusst oder unbewusst – die Einkommensungleichheit vermindert haben, die Beschäftigungschancen verringerten. Ob die durch Wegfall von Jobs erzeugte Annäherung der Geringverdiener an den Median tatsächlich einer höheren Verteilungsgerechtigkeit dient, darf bezweifelt werden.

Literatur

- CARD, D. und A. B. KRUEGER (1995): *Myth and Measurement: The new Economics of the Minimum Wage*, Princeton Univ. Press, Princeton, NJ.
- OECD (2004) *Labor Market Statistics – Data*; Paris; last update Jul 15, 2004; <http://www1.oecd.org/scripts/cde/members/lfsdataauthenticate.asp>.

¹ Vgl. dazu z. B. die kontroverse Diskussion zu dem einflussreichen Buch von CARD und KRUEGER (1995) über die Wirkung von Mindestlöhnen.